



Neue Zürcher Zeitung  
8021 Zürich  
044/ 258 11 11  
www.nzz.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 114'209  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 283.003  
Abo-Nr.: 1074705  
Seite: 15  
Fläche: 15'959 mm<sup>2</sup>

## Transparenz statt Wirrwarr

*Die Initianten kontern*

rib. · Die Initianten der Volksinitiative «Ja zu fairen Gebühren» fahren schweres Geschütz auf für ihre Vorlage. Gegen das gegnerische Abstimmungskomitee gehen sie mit einer Stimmrechtsbeschwerde vor. Sie werfen den Gemeindevetretern vor, diese seien nicht berechtigt, sich im Abstimmungskampf zu engagieren – schon gar nicht mit öffentlichen Geldern. Am Mittwoch haben sie zudem an einer kurzfristig anberaumten Medienkonferenz zu Argumenten Stellung genommen, die Vertreter des Regierungsrats gemeinsam mit der Zürcher

### «JA ZU FAIREN GEBÜHREN»

Kantonale Volksabstimmung vom 14. Juni 2015

Stadtpräsidentin und Gemeindepräsidenten am Dienstag präsentierten. Die Behördenvertreter hatten die Vorlage als unnötig und teuer kritisiert.

Die Argumentation des Regierungsrats überzeugt nach Ansicht der Initianten nicht. «Die Gegner haben nicht verstanden, worum es geht», sagte SVP-Nationalrat Hans Egloff am Mittwoch vor den Medien. Sie seien nicht fähig zur Selbstkritik. Für die Bürger sei die Situation in keiner Weise befriedigend. Wer sich einen Überblick über das Gebührensystem verschaffen wolle, müsse an Dutzenden von Orten nachfragen.

Der von der Initiative geforderte Gebührenkatalog würde Klarheit schaffen. Überhaupt hätten alle verlangten Gesetzesänderungen nur das Ziel, Transparenz zu schaffen. Und das müsste eigentlich auch im Interesse der Behörden liegen, sagte Egloff. «Denn mehr Transparenz würde bei der Bevölkerung auch mehr Akzeptanz schaffen.»

Doch offenbar gehe es den Gemeindepräsidenten darum, die Macht über die Gebühren zu behalten. Das zeige der Kritikpunkt, es sei nichts als ein unnötiger Zeitaufwand, wenn künftig der Gebührenkatalog alle vier Jahre vom Volk bewilligt werden müsse. «Das Volk soll uns beim Regieren nicht stören», heisse das im Klartext, sagte Egloff. «Am liebsten wäre es diesen Behördenmitgliedern wahrscheinlich, wenn sich das Volk nicht einmal mehr zu den Steuern äussern dürfte.»

Die Initiative verlange nicht mehr und nicht weniger als die Verlagerung einer Kompetenz von der Exekutive zur Legislative, so die Initianten. Darin liegt für den Zürcher FDP-Gemeinderat Severin Pflüger auch der Grund, weshalb die Gemeinden nicht berechtigt seien, sich im Abstimmungskampf zu exponieren: «Die Gemeinden sind gar nicht direkt betroffen in dem Sinn, wie die Rechtsprechung das verlangt», sagt er. Ganz abgesehen davon, dass sie sich, wenn überhaupt, nur zu einer der beiden Initiativen äussern dürften: «Zur geforderten Kompetenzverlagerung auf kantonaler Ebene haben sie sowieso nichts zu sagen: Sie empfehlen aber klar und deutlich <2x Nein>.»